

Netzentwicklungsplan Strom,  
Postfach 10 05 72

10565 Berlin

[REDACTED] 21.05.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Möglichkeit als interessierte und auch höchstwahrscheinlich von einer geplanten HGÜ-Trasse unmittelbar betroffene Bürgerin mich an den Konsultationen zum Netzentwicklungsplan Strom 2014 (NEP) zu beteiligen.

Ich möchte Ihnen im Folgenden darlegen, wo meine gravierenden Bedenken beim derzeitigen Stand der Planung liegen und welche Nachbesserungen ich für notwendig erachte.

Im gesamten Plan werden widersprüchliche Aussagen bei der Argumentation für den vorliegenden Netzausbauplan getroffen. Es wird zwar klar gesagt, dass Deutschland der größte Nettoexporteur von Strom ist (NEP2014, Seite 37: „Deutschland ist in allen Szenarien in der Jahressumme Nettoexporteur. Kein anderes betrachtetes Land exportiert so viel Energie wie Deutschland.“), gleichzeitig wird aber immer wieder suggeriert, dass ohne Trassenbau die Stromversorgung in Gefahr sei. Der Stromversorgung durch zentrale Windkraft- und Photovoltaik-Großanlagen, deren Strom über weite Strecken verteilt werden muss, wird dabei die meiste Bedeutung zur Sicherstellung der Stromversorgung zugewiesen, während Möglichkeiten der Speicherung von Stromüberschussmengen aus regenerativen Energien kaum behandelt werden.

Zum Thema Gaskraftwerke schreiben Sie z. B.: „Gaskraftwerke ersetzen die stillgelegten Kernkraftwerke in Zukunft nicht vollständig, da sie unter den geltenden Marktbedingungen nicht zur Sicherung der Grundlast dienen.“

Eine solche Formulierung lässt völlig außer Acht, dass Gaskraftwerke erheblich umweltfreundlicher als Braunkohlekraftwerke sind.

Kurzfristige finanzielle Nachteile von Kraftwerksbetreibern dürfen keinesfalls als Planungskriterium für einen Netzausbau dienen, der klimaschädliche Strukturen schafft oder deren Abbau verzögert, denn dadurch werden die Ziele der Energiewende unterlaufen.

Sie berücksichtigen in Ihrer Netzplanung nur die variablen Erzeugungskosten der Kraftwerke, nicht aber die Kosten des für den Einsatz dieser Kraftwerke jeweils erforderlichen Netzausbaus. Übertragungsengpässe können mit heute unrentablen Gaskraftwerken im Süden durchaus ausgeglichen werden, da davon auszugehen ist, dass der Ausbau von Photovoltaik, Windenergie und Biomasse weiter zunimmt und diese dann dezentral in den südlichen Gaskraftwerken gespeichert werden können. Der Netzausbau in der gegenwärtigen Planung bedroht den Bau neuer und die

Rentabilität existierender schnell regelbarer Gaskraftwerke, deren Umweltfreundlichkeit im Gegensatz zu Kohlekraftwerken Voraussetzung für die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Ziele ist.

Weiterhin berücksichtigt der NEP regionale Strukturen nur unzureichend, dies wurde bereits für den NEP2012 von Ihrem eigenen Gutachter, Prof. Dr. Schnettler festgestellt und dies hat sich im NEP2014 auch nicht geändert.

„Der genehmigte Szenarienrahmen gibt lediglich die erwarteten installierten Leistungen pro Technologie und Bundesland wieder. Wesentlich für den Netzausbau ist jedoch die regionale Verteilung der erneuerbaren Energien bzw. der Kraftwerke. .... Es wird daher empfohlen, zukünftig den Prozess der Regionalisierung in den Konsultationsprozess mit einzubeziehen.“ (Stellungnahme des externen Gutachters zum Netzentwicklungsplan 2012, Prof. Dr. Armin Schnettler, Juni 2012)

Der Netzausbau wird weiterhin begründet mit der Notwendigkeit einer Infrastruktur für europaweiten Stromhandel und dass dies Preisvorteile für den Bürger mit sich bringen würde.

NEP Seite 31: „Da die Austauschmöglichkeiten elektrischer Energie in Europa hinsichtlich der Leistung nicht unbegrenzt sind, bilden sich Märkte mit unterschiedlichen Energiepreisen. Durch einen möglichst freizügigen Energiebinnenmarkt soll innerhalb der Europäischen Union der Wettbewerb noch weiter gestärkt werden, um so für alle Verbraucher den Zugang zu möglichst kostengünstiger Energie zu fördern. Darüber hinaus können durch ein eng vermaschtes Übertragungsnetz im europäischen Verbund auch weiter entfernt liegende Erzeugungskapazitäten, z. B. aus regenerativen Energien oder Speichern, erschlossen werden.“

Hier wird impliziert, dass durch Zugriff auf Stromkapazitäten aus anderen Ländern der Verbraucher günstigere Preise erwarten könne. Dem stehen die Verbrauchereffahrungen der letzten Jahre deutlich entgegen.

Weiterhin ist zu befürchten, dass nicht der Zugriff auf regenerative Energien sich verstärkt, sondern auf Atom- und Kohlestrom, vor allem aus Ländern in Osteuropa, wie Tschechien, Polen und Russland. Dies ist absolut nicht im Sinne der vom Bürger gewollten Energiewende. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass die erwähnte Freizügigkeit vor allem der Gewinnmaximierung großer Konzerne dient, während kleinere regionale und lokale Stromanbieter Wettbewerbsnachteile haben werden. Dies steht in eklatantem Gegensatz zu den Interessen der Bürger in unserem Land, da so neue Abhängigkeiten geschaffen werden.

Generell ist äußerst bedenklich, dass im NEP2014 der Aspekt Wirtschaftlichkeit primär in Bezug auf Kostenstrukturen der Netzbetreiber, Energiekonzerne und Stromanbieter betrachtet wird.

Wichtige Aspekte, die die Bedürfnisse der von neuen Stromtrassen und Konverterstationen beeinträchtigten Bevölkerung betreffen, wie Mindestabstände von Wohnhäusern zur Trasse, Wertverlust von Immobilien und landwirtschaftlichen Flächen, fehlende Daten zur gesundheitlichen Auswirkung von HGÜ-Leitungen in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten, werden praktisch nicht behandelt.

Bei neu zu bauenden HGÜ-Trassen werden Gebiete als Trassenkorridore vorgeschlagen, die bisher noch frei von Trassen sind. Durch den Trassenbau in sensiblen Natur- und Landschaftsschutzgebieten werden wertvolle Naturräume stark beeinträchtigt oder sogar zerstört. Dies führt nicht nur zu existentiellen Bedrohungen für Pflanzen- und Tierwelt, sondern hat auch negative wirtschaftliche Auswirkungen auf Regionen, die als Naherholungs- oder touristische Regionen auf diese

Naturlandschaften angewiesen sind. Der wirtschaftliche Schaden ist immens und muss in die Wirtschaftlichkeitsplanung mit einbezogen werden.

Trassenvermeidungsszenarien sind im NEP2014 derzeit nur sehr unzureichend enthalten. Das Ziel einer Reduzierung der Belastung von Mensch und Umwelt durch den Netzausbau muss in der nächsten Version integraler Bestandteil der Planung sein. Drastische Veränderungen im Landschaftsbild und Vernichtung von Vermögenswerten müssen möglichst weitgehend vermieden werden.

Die Bundesnetzagentur wäre auch gut beraten, wenn sie sich bei der Erstellung des NEP nicht allein auf die Netzanbieter verlassen würde. Diese sind Firmen, die ein starkes Interesse am Bau neuer Trassen haben und an bestimmten Konstellationen, die maximale Netzentgelte garantieren. Obwohl alle Netzanbieter sicher viel Fachwissen haben, wenn es um den Bau und den Erhalt von Stromnetzen geht, so sollte die Planung doch stärker von neutralen Instanzen beeinflusst werden.

Der Stand der Dinge heute ist, dass durch die von Interessenkonflikten geprägte Planung der Netzanbieter scharfe Reaktionen in der Bevölkerung hervorgerufen wurden, was relativ sicher zu einer Verzögerung des Netzausbaus führen wird. Diese Situation wäre vermeidbar gewesen, wenn die politischen Entscheidungsträger und die Bundesnetzagentur diese Planung besser und bürgernäher durchgeführt hätte. Gerade beim Punkt Planung und Kommunikation besteht großes Verbesserungspotential.

Mit freundlichen Grüßen

Christine S 